

M Ostdeutsche Morgenpost

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Marjańska 1, Tel. 488; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Konto 301989.

Erste oberschlesische Morgenzeitung
Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche),
Bezugspreis: 5.- Zloty

Anzeigenpreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr., Amtliche und Heilmittel-Anzeigen sowie Darlehens-Angebote von Nichtbanken 40 Gr., 4 gespaltene Millimeterzeile im Reklamestell 1,20 Zl. bzw. 1,80 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlichem Beitreibung, Akkord oder Konkurs in Fortfall. — Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch aufgegebenen Inserate wird keine Gewähr übernommen, und kann die Bezahlung aus diesen Gründen nicht verweigert werden. — Streiks, Betriebsstörungen usw., hervorgerufen durch höhere Gewalt, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugsgeldes oder Nachlieferung der Zeitung.

Brückner Nachfolger Lufaschets

Lufaschets Rücktritt angenommen Personalunion zwischen Ober- und Niederschlesien

(Eigene Meldung)

Oppeln, 19. Mai. Der Oberpräsident von Oberschlesien, Dr. Lufaschek, ist auf Grund eines von ihm eingereichten Gesuches von seinem Posten enthoben worden. Als sein voraussichtlicher Nachfolger wird der Oberpräsident von Niederschlesien, Brückner, genannt. Falls eine Entscheidung in diesem Sinne getroffen werden sollte, würde das nicht eine Verwaltungs-, sondern lediglich eine Personalunion bedeuten.

Seit Wochen mußte man in Oberschlesien damit rechnen, daß Oberpräsident Dr. Lufaschek aus seinem Amte scheidet, da sich im Zuge der politischen Gleichschaltung auch das letzte Oberpräsidium in Preußen der herrschenden Richtung einfügen muß. Trotz ernster außenpolitischer Gründe, die die Erhaltung Dr. Lufaschets an der Spitze des Oppelner Oberpräsidiums zweckmäßig erscheinen ließen, hat die Entwicklung der innerstaatlichen Verhältnisse die Personalunion der beiden Oberpräsidenten der schlesisch-oberschlesischen Grenzmark notwendig gemacht. Lufaschets Arbeit für Oberschlesien, insbesondere in der

Frage der Polenpolitik, kritisch zu würdigen, mag einer späteren Gelegenheit vorbehalten bleiben. Heute sei mit Genugtuung festgestellt, daß die personelle Umgruppierung keine Veränderung des Verwaltungsstatus Oberschlesiens bedeutet, d. h. daß die unter dem Gesichtspunkt der schlesischen Autonomie jenseits der Grenze lebenswichtige Selbständigkeit der Provinz Oberschlesien nicht in Gefahr ist. Wir begrüßen Oberpräsident Brückner als Oberpräsidenten unserer Provinz und wünschen, daß seine Arbeit dem oberschlesischen Grenzland den größten Nutzen bringt.

Frankreichs Senat beschließt:

Rüstungsausgaben werden nicht gekürzt

(Telegraphische Meldung)

Paris, 19. Mai. Bei Beratung des Einnahmehaushalts Daladier ließ sich der Senat einem Antrag des Generals Bourgeois und Genossen an, bestimmte Kapitel des Heereshaushalts über die im Mutterlande und die in den Kolonien stehenden Truppen und das Kriegsmaterial von einer allgemeinen 10prozentigen, vom Finanzausschuß beschlossenen Kürzung zu befreien. Kriegsminister Daladier betonte, daß die nationale Verteidigung gesichert sei, doch wäre es leichtsinnig, weitere Kürzungen bei der gegenwärtigen Weltlage vorzunehmen. Wenn die Abrüstungskonferenz trotz aller Schwierigkeiten, die wir nicht unterschätzen, aber auch nicht übertreiben wollen, zu einem Ergebnis gelangt, wenn die Völker einsehen, daß sie eine wirksame Formel für eine gleichzeitige Abrüstung finden müßten, dann vielleicht (!) könnten Kürzungen an den Ausgaben für das Kriegsmaterial vorgenommen werden. Gegenwärtig wäre es illusorisch, Frankreichs militärische Maßnahmen beschränken zu wollen, erst später werde man wissen, ob die übrigen Völker zur Abrüstung bereit seien.

Ferner wurde der Antrag des Vorsitzenden des Marineauschusses angenommen, wonach bestimmte Kapitel des Kriegsmarinehaushalts von der beabsichtigten 10prozentigen Kürzung ausgenommen sind. Der Antragsteller erklärte, daß die Anwendung der vom Finanzaus-

schuß getroffenen Maßnahmen die Ausrüstung der beiden Kreuzer „Provence“ und „Bretagne“ verzögern würde, Schiffe, die Frankreich unbedingt brauche, solange das Kriegsschiff „Dunkirk“ noch nicht vom Stapel gelaufen sei. Ein Antrag, auch die sozialen Ausgaben von dieser Kürzung zu befreien, ist vom Senat abgelehnt worden.

Bund Völkischer Europäer

Unter dem Vorsitz von Baron Fabre-Luce, Paris, hat sich ein „Bund Völkischer Europäer“ zusammengesetzt, der es sich zur Aufgabe macht, die völkischen Gedanken Adolf Hitlers in allen europäischen Staaten zu vertreten. Der Bund will Europa von der Macht des Judentums, des Freimaurer, vom marxistischen Materialismus und vom Bolschewismus befreien. Sein erstes Ziel sieht der Bund darin, die Einkreisung Deutschlands durch die unter diesen Einflüssen stehenden Staaten zu verhindern, damit sich Hitlers völkische Lehre von Deutschland aus über die anderen Länder ausbreiten kann. Allen Europäern und Nichteuropäern, mit Ausnahme der Angehörigen der jüdischen Rasse, ist der Eintritt in diesen Bund freigestellt. Die deutsche Gruppe dieses Bundes hat ihren Sitz in Berlin W. 57, Bülowstraße 90.

Der Gauleiter der NSDAP. in Desterreich, Frauenfeld, ist das Abhalten von Vorträgen verboten worden.

Wichtige neue Reichsgesetze Treuhand der Arbeit

Zur Regelung aller Arbeitsfragen

Insbesondere Sicherung des Arbeitsfriedens
„Schutz der nationalen Symbole“

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 19. Mai. Ein heute vom Reichskabinett verabschiedetes Gesetz über „Treuhand der Arbeit“ sieht die Einsetzung solcher Treuhänder der Arbeit vor, denen nunmehr die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen übertragen wird.

Die Regelung wird in Zukunft nach vollendetem Aufbau einer berufsständischen Sozial- und Wirtschaftsverfassung Aufgabe der Berufsstände sein, also nicht mehr wie bisher durch Verbände erfolgen, die ohne Verbindlichkeit im Gerichtsstand sich als klassenmäßige Gegenspieler gegenüberstehen. Den Gewerkschaften fehlt zurzeit noch, auch nach ihrer Umstellung in der Leitung, der Zusammenhalt auf berufsständischer Grundlage. Es würde daher nicht zu vereinbaren sein, in der Übergangszeit die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von den bisherigen Organisationen durchführen zu lassen. Ebenso sind auch die Verbände der Arbeitgeber in der Umstellung begriffen und kommen daher als Tarifkontrahenten im Augenblick nicht in Frage. Neben der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen haben die Treuhänder der Arbeit alle Maßnahmen zu treffen, die der

Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens

dienen; auch sollen sie zur Mitarbeit an der Vorbereitung der neuen Sozialversicherung herangezogen werden.

Gesetz über weitere Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung,

das die Reichsregierung ebenfalls verabschiedet hat, sieht nach verschiedenen Richtungen eine wesentliche Erleichterung des Vollstreckungsschubes für landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche oder gärtnerische Betriebe vor. Die erneute Einstellung der Zwangsvollstreckung soll nicht nur zweimal, sondern mehrmals zulässig sein.

Eine neue Einflurung sieht den Schutz des unverschuldeten in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Schuldners gegen Zwangsvollstreckungsmaßnahmen in seinem Hausrat, Geräteschuppen und Vorräte vor. Dieser Schutz ist befristet bis zum 31. März 1934. Ebenfalls für die Zeit bis zum 31. März 1934 befristet ist eine wesentliche Einschränkung der Verpflichtung zur Leistung des Offenbarungsgebotes. Der Schuldner soll die Leistung des Offenbarungsgebotes und damit auch die Eintragung in die schwarze Liste regelmäßig dadurch abwenden können, daß er eine dem Offenbarungsgebote inhaltlich entsprechende einfache Versicherung abgibt.

Gleichzeitig wurde auch das seit längerer Zeit angeforderte

„Gesetz zum Schutze der nationalen Symbole“

verabschiedet. Es verbietet, Zeichen der Geschichte, des Staates und der nationalen Revolution öffentlich in einer Weise zu verwenden, die geeignet ist, das Empfinden von der Würde dieser Symbole zu verletzen. Die Prägung und Einsetzung, ob ein Gegenstand unter Mißbrauch

Wichtige Aussprache beim Reichkanzler

Grundlagen des ständischen Aufbaus
(Telegraphische Meldung)

Berlin, 19. Mai. Reichkanzler Adolf Hitler empfing eine Reihe von führenden Persönlichkeiten der NSDAP., insbesondere der Deutschen Arbeitsfront und der wirtschaftlichen Organisationen, darunter den Staatsratspräsidenten und Führer der Arbeitsfront, Dr. Leh, den Führer der Angestelltenfront, Forster, den kommissarischen Leiter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Schumann, Dr. Wagener vom Verbindungstab der NSDAP., den Vorsitzenden des Reichverbandes der Deutschen Presse, Dr. Dietrich, zu einer Aussprache über den ständischen Aufbau in Deutschland. Die Aussprache dürfte die Grundlage für den gesamten ständischen Aufbau in Deutschland erbringen.

eines nationalen Symbols in den Verkehr gebracht worden ist, soll im Verwaltungsverfahren stattfinden. Das Mittel, mit dem den Mißbräuchen in diesen Fällen begegnet wird, soll die entschädigungslose Einziehung sein. Mit Rücksicht auf die Vermögensnachteile, die mit der Einziehung verbunden sind, wird die Möglichkeit einer Beschwerde gegeben. Entschädigungen sollen in keinem Falle gewährt werden, auch wenn der Betroffene schließlich obliegt.

Lügenzentrale in Breslau ausgehoben

Die Politische Polizei in Breslau stellte in letzter Zeit ein Propaganda- und kommunistisches Propaganda in Schlesien fest. Unter anderem wurde beobachtet, daß von einer Zentralstelle auch das Ausland, besonders Polen, mit Heftchriften und Ausmeldungen über die innerpolitische Lage Deutschlands reichlich versorgt wurde. Die Polizei setzte schließlich alle Heft in Bewegung, um die Quelle dieser hochverräterischen heftfeindlichen Umtriebe ausfindig zu machen. Endlich gelang es, nachdem man den Verbrechern auf die Spur gekommen war, durch eine regelrechte Ueberrumpelung das Nest auszuhacken. Zunächst wurde ein zwanzigjähriger jüdischer kaufmännischer Angestellter, der früher der kommunistischen Jugend angehört hatte, verhaftet. Trotzdem der Verhaftete jede Beteiligung ableugnete, durchsuchte

Aus Oberschlesien und Schlesien

Aufbruch in der Sandkolonie Hindenburg

Hohe Strafen für kommunistische Unruhestifter

Mit Biergläsern, heißem Wasser, Pfeffer und Salz gegen die Polizei

Gleiwitz, 19. Mai.
 Anfang Februar entstand in der Sandkolonie in Hindenburg ein großer Tumult, als die Arbeiterfamilie Scholz aus einer Arbeiterwohnung ermittelt und in einer Parade untergebracht werden sollte. Als der Gerichts- polizeier, der Hausverwalter und die Polizei erschienen, wurden sie beschimpft und angegriffen. Ein Polizeibeamter erhielt einen Schlag gegen die Kehle, gegen den Verwalter wurde ein Bierglas geschleudert, die Frauen gossen heißes Wasser und warfen Pfeffer und Salz gegen die Polizeibeamten. Eine Menschenmenge von etwa 400 Köpfen nahm gegen die Polizei eine drohende Stellung ein. In den benachbarten Wohnungen hatten sich kommunistische Freunde der zu ermittelnden Familie versammelt und hielten die übrigen auf.
 Vor der 5. Strafkammer am Landgericht Gleiwitz standen nun die Angeklagten Figus, Scholz und Schmialek und die Frauen Schmialek, Janoschka und Schwierczyna unter der Anklage des Aufbruchs und der Zusammenrottung zu Gewalttaten. Figus war, wie die Beweisaufnahme ergab, am Tage vorher in den Barden an der Grenzstraße erschienen und hatte dort die Leute aufgefordert, die Ermittlung der Familie Scholz zu verhindern. Am nächsten Tage fanden sich dann die Angeklagten, „zufällig“, wie sie angeben, in benachbarten Wohnungen des betreffenden Hauses ein, und als die Ermittlung vorgenommen werden sollte, ging der Tumult los.
 Das Gericht verurteilte die Angeklagten wegen Aufbruchs, wobei Figus als Aufwiegler anzusehen war, etwa entsprechend dem Urteile von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Roczel, und zwar

Figus zu 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, Scholz zu 2 Jahren Gefängnis, Schmialek und Frau Schmialek sowie Frau Schwierczyna zu je einem Jahr Gefängnis, Frau Janoschka zu 6 Monaten Gefängnis.

Schwere Zuchthausstrafen für einen Raubüberfall

Gleiwitz, 19. Mai.
 Vor der 5. Strafkammer des Landgerichts in Gleiwitz standen am Freitag die Angeklagten Rogel und Poljwka unter der Anklage des schweren Raubes. Sie waren im Februar in ein Geschäft in Hindenburg eingedrungen und hatten den Geschäftsinhaber aufgefordert, ihnen die Ladenkasse auszuliefern. Hierbei waren zwei Schüsse abgegeben worden, von denen einer den Ueberfallenen in den Rücken traf. Rogel wurde dann von dem überfallenen Kaufmann und seinem Sohn überwältigt, während Poljwka flüchtete und erst später ermittelt wurde. Die Angeklagten gaben die Tat zu. Sie wurden wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. In der Urteilsbegründung bemerkte Landgerichtsdirektor Dr. Przillling, daß das Gericht auch die Frage geprüft habe, ob verjüchter Mord vorliege. Diese Frage sei verneint worden, vielmehr habe das Gericht einen versuchten schweren Raub als vorliegend angesehen, den Angeklagten aber milbernde Umstände verlagte.

Zwei Zentner Dynamit aus fahrendem Zuge gestohlen

(Eigener Bericht)

Myślowitz, 19. Mai.
 Auf der Strecke Schoppinitz-Myślowitz wurde des Nachts ein Zug überfallen. Die Banditen erbrachen einen plombierten Wagon und entwendeten zwei Zentner Dynamit. In der Nähe von Gieschwald fand man einige Pakete des gefährlichen Sprengstoffes. Die sofortige polizeiliche Untersuchung ergab, daß es sich um eine organisierte Bande handelt. Der Polizei gelang es auch bald, zwei Banditen in Schoppinitz festzunehmen, während nach den übrigen 6 Banditen gefahndet wird.

Zuchthausstrafen für schlesische Reichsbannerleute

Neurode, 19. Mai.
 Wegen eines am 1. März erfolgten Angriffs auf S.A.-Leute wurden vom Breslauer Sondergericht 15 Reichsbannerleute aus Neurode und Umgebung zu Gefängnis- bzw. Zuchthausstrafen verurteilt. Sechs Angeklagte wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Eröffnung der Riesengebirgstrecke der Luftthansa

Günstige Verbindung aus Gleiwitz

Am 1. Juni eröffnet die Deutsche Luftthansa die Riesengebirgstrecke Breslau-Girschberg-Görlitz-Kottbus-Berlin. Da die Verbindung von Gleiwitz ausgeht, bietet sie gerade dem Reisenden außerordentliche Vorteile, die von keinem anderen Beförderungsmittel geboten werden dürfte. Die Flugzeit Gleiwitz-Girschberg beträgt nur 1 Stunde 40 Minuten. Die Flugzeiten für diese Strecke sind wie folgt:

Zapfenstreich statt, wobei das Stadion von 250 Fackelträgern umfäumt werden wird. Auch Scheinwerfer werden den Festplatz beleuchten. Höhere Militärs haben ihr Erscheinen angekündigt. Ein Teil der Einnahmen wird von der Reichswehr für das neue Beuthener Ehrenmal in der Schrottholzstraße gestiftet werden.

- * **Hohes Alter.** 70 Jahre wird am Dienstag der Pensionär August Troeger, Dnygosstr. 1a.
- * **Abrahamsfest.** Schlossermeister Arthur Schnellig, Friedr.-Ebert-Straße 31, begehen sein Abrahamsfest.
- * **Silberhochzeit.** Reichsbahn-Bauoberinspektor Lippig und Frau, Gartenstraße 1b, begehen am Sonnabend das Fest der Silbernen Hochzeit.
- * **Neuer Stadtverordneter.** An Stelle des Straßenbauers Fritz Herbe, dessen Stadtverordnetenstelle frei geworden ist, weil er als städtischer Bediensteter bestimmungsgemäß der Stadtverordnetenversammlung nicht angehören darf, hat der Magistrat — Wahlamt — den Straßenbahnschaffner Johann Sobel vom Wahlbezirk 14 als Stadtverordneten festgesetzt.
- * **Jugendwanderfahrten.** Der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen Gau Oberschlesien, Post, veranstaltet auch in diesem Jahre in den großen Ferien Jugendwanderfahrten. Es sind geplant für Mädchen eine

Wieder eine Eifersuchtstragödie

Königshütte, 19. Mai.

Eine furchtbare Eifersuchtstragödie spielte sich in der Familie Krakek in Königshütte ab. Als einer der Gäste die 20jährige Strzelez zu ihrem Geburtstag gratulierte und sie dabei umarmte, stürzte plötzlich der anwesende Bräutigam, von Eifersucht gepackt, aus dem Fenster des 4. Stockwerks auf die Straße. Er blieb mit zerfetzten Gliedern benutzungslos liegen. Es besteht keine Aussicht mehr, ihn am Leben zu erhalten.

Zunahme der Bautätigkeit

Im März 1933 zeigt der Wohnungsbau eine starke Zunahme. Bauplanungen und Baubeginne — hauptsächlich Siedlungsbauten und Eigenheime — sind gegen den Vormonat wie gegenüber März 1932 z. T. auf über das Doppelte gestiegen. Bei den Bauvollendungen konnte infolge des verhältnismäßig günstigen Bauwetteres an die rasche Vorfahrt der aus dem Vorjahr übernommenen unvollendeten Bauten herangegangen werden, so daß auch hier die Ergebnisse des Vormonats und besonders die vom März 1932 beträchtlich übertroffen wurden.
 In sämtlichen Städten mit 10 000 und mehr Einwohnern wurden insgesamt 5000 Wohnungen fertiggestellt, 100 (1,5 v. H. mehr als im Februar und 1100 (28,5 v. H.) mehr als im März des vergangenen Jahres. In den ersten drei Monaten zusammen wurden dem Wohnungsmarkt 15 200 Wohnungen zugeführt gegenüber 13 700 Wohnungen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zahl der Baubeginne (4400 Wohnungen) nahm mit einsehendem guten Bauwetter erheblich zu; sie war um 185 v. H. größer als im letzten Monat und um 127 v. H. größer als im März 1932.

Zulassung von Rechtsanwältinnen in Schlesien

Breslau, 19. Mai.
 Im Oberlandesgerichtsbezirk Breslau waren von 1056 Anwälten 692 Arier und 364 Juden. Davon sind 164 Altanwältinnen und 75 Frontkämpfer. Gegen 98 Juden und 16 Kommunisten wurden Vertretungsverbote erlassen. Es bleiben 239 Juden zugelassen.

Auf, nach dem Annaberg!

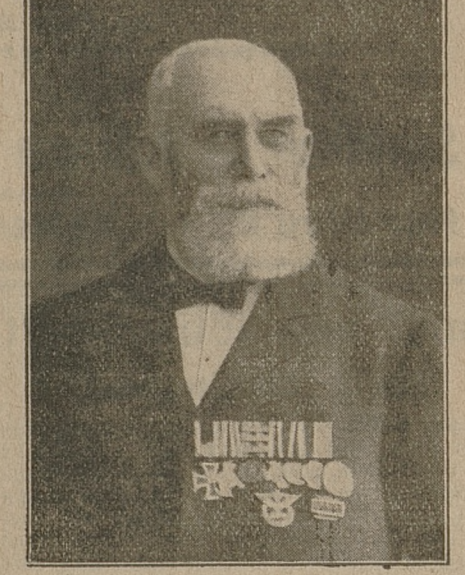
Die der Bezirksführung I O S. des NSKK zum Transport der SA. nach dem Annaberg zur Verfügung gestellten Fahrzeuge, nehmen am 21. um 4 Uhr morgens, wie folgt Aufstellung: in Beuthen auf dem Reichspräsidentenplatz, in Hindenburg auf dem Reizensteinplatz, in Gleiwitz auf dem Krakauer Platz. Die Fahrzeugbesitzer, die ihre Meldung abgegeben haben, erhalten von der Bezirksführung I O S. noch besondere Mitteilung darüber, an welchem Ort ihre Fahrzeuge zur Verwendung kommen. Auf den vorbezeichneten Plätzen wird die Motor-SA. die Fahrzeugführer über die Aufstellung der Fahrzeuge unterrichten. Die Mitglieder des NSKK nehmen an vorgezeichneten Plätzen ebenfalls Aufstellung.

Schüsse aus dem Hinterhalt

Leobschütz, 19. Mai.
 Als in der 9. Abendstunde in der Gemeinde Reiznitz das elektrische Licht plötzlich ausging, sah sich der Elektromonteur Sch. veranlaßt, nach den Schäden zu suchen. Plötzlich fielen aus dem Hinterhalt Schüsse, die glücklicherweise ihr Ziel verfehlten und nur die Türflügel durchschlugen. Nachforschungen nach dem Schützen blieben im Dunkel der Nacht ergebnislos.

Straßenperrung Rosittnitz — Mitulischütz

Wegen der Umbauarbeiten an den Gleisanlagen beim Hauptbahnübergang der Chaussee Mitulischütz-Rosittnitz wird diese Chaussee vom 26. Mai ab bis zur Beendigung der Arbeiten etwa für 2 Tage für den gesamten Durchgangsverkehr gesperrt. Für die Umfahrung steht die Chausseestrecke Mitulischütz-Bilzendorf-Waldhof-Rosittnitz zur Verfügung.



Ein rüstiger Neunziger
 Der frühere Lokomotivführer Leupold feiert am 20. Mai seinen 90. Geburtstag bei guter Gesundheit. Leupold hat als junger Soldat an der Kaiserproklamation im Spiegelsaal zu Versailles teilgenommen.

Eine gewiss nicht allzu grosse Ausgabe und Sie haben die deutsche Zigarette:

Bergmann-Privat die Zigarette der TAT

In allen Packungen Bergmann-Privat 3 1/3. Echte Photodruck-Bilder. „Schöne Measchen aus aller Welt“ Buch 1. Deutschland

Haus Bergmann-Zigarettenfabrik A. G. Dresden

Die letzten Grundlagen des Ständestaats

Die Angestelltenfront zusammengefloßen

„Deutscher Angestelltenkongreß“ - Auch die Unternehmer in der Arbeitsfront

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 19. Mai. Im mit Salenkreuzfahrten geschmückten Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrates fand am Freitag der Erste Deutsche Angestelltenkongreß statt.

Der Führer der Angestelltenverbände, Reichstagsabgeordneter Forster, Danzig, machte dann Ausführungen über „Die Angestelltenfront in der Deutschen Arbeitsfront“.

- 1. Die Vereinigung im Volke mußte auch die Beseitigung der Vielzahl von Angestelltenverbänden und die Herbeiführung der Geschlossenheit der Angestelltenschaft folgen.
2. Wenn der Staat von einem Nationalsozialisten geführt wird, müssen auch die Untergliederungen im Staate nationalsozialistisch geführt werden...

3. Die Organisationen dürfen nicht mehr wie bisher Selbstzweck sein, sondern allein Mittel zu dem Endzweck des Wieder-aufstieges der deutschen Nation.

4. Der bisherige Aufbau der Angestelltenschaft war falsch und ungesund. Die Angestelltenschaft war weltanschaulich und parteipolitisch zerrissen wie das Volk.

Dagegen fehlte die klare Abgrenzung nach Berufsgruppen. Nationalsozialistisch aber mußte die Führung der Angestelltenschaft werden, weil

rund drei Millionen deutscher Angestellter

Die Angestelltenfront werde geeignet sein, innerhalb der Deutschen Arbeitsfront gemeinsam mit der Vertretung der deutschen Arbeiterfront und der deutschen Unternehmertumsgleichberechtigt mitzuwirken beim bevorstehenden ständischen Neuaufbau unseres deutschen Volkslebens.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, machte grundsätzliche Ausführungen über „Die Deutsche Arbeitsfront in der deutschen Volksfront“.

Die Einzelheiten, das Paragrafenwerk, könne nicht von der Spitze durchgeführt werden, sondern nur von den Menschen, die in den Untergliederungen danach leben sollen.

Sozialpolitik solle allerdings von den Betrieben fern gehalten werden, weil man nicht den Arbeiter und Angestellten der Uebermacht des Unternehmers ausliefern wolle.

(Beifall). Der ständische Aufbau werde vielleicht heute abend noch verfeinert; er werde die organische Eingliederung des Arbeiters, des Angestellten und des Arbeitgebers in das neue Staatswesen bringen und gehöre deshalb zu dem Wichtigsten, was die nationalsozialistische Revolution geschaffen habe.

Arbeiter und Angestellte sollten vielmehr als ebenbürtige Partner des Arbeitgebers dargestellt werden.

Über jeder dieser Partner müsse begreifen, daß Gruppen oder Klassen niemals Selbstzweck sein dürfen, sondern daß das Wohl des Volkes über allem stehe.

Gläubigertkonferenz am 29. Mai

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 19. Mai. In englischen Zeitungen war die Behauptung aufgetaucht, daß die Berliner Gläubigertkonferenz, die im Verlaufe des Besuchs des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Washington vereinbart worden ist und in der über eine neue Lösung der deutschen Zins-

leistung an das Ausland beraten werden soll, versagt worden sei, weil die Auffassungen sowohl auseinandergingen, daß die Konferenz noch kein Ergebnis erwarten ließe.

Nachdem Dr. Schacht auf der Rückreise noch eine Unterredung mit dem Präsidenten der Bank von England, Montagu Norman, gehabt hat, wird die Konferenz noch in diesem Monat stattfinden.

Die Vorbereitungen wird Dr. Schacht gleich nach seinem Eintreffen in Berlin am Sonntag aufnehmen. Die Einladungen sind schon ergangen, und es ist sicher, daß sich Vertreter aller Gläubiger finden werden.

Deutschland nicht mehr in der Lage ist, die Zinsen für Auslandsschulden unter den jetzigen Bedingungen zu transferieren.

Die Schulden belaufen sich auf 20 Milliarden Reichsmark, für die 1,8 Milliarden Zinsen aufgebracht werden müssen, das bedeutet, daß Deutschland monatlich allein für diesen Zweck einen Ausfuhrüberschuß von 80 bis 90 Millionen haben müßte.

noch nicht die Hälfte eingegangen ist. Da die Schuld daran nicht bei Deutschland liegt, das seine Ausfuhr mit allen Kräften zu erweitern sucht, sondern in den Einfuhrschwüngen des Auslandes, werden die Gläubiger sich der Notwendigkeit einer durchgreifenden Aenderung nicht verschließen können.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat an Bord der „Europa“ einem Berichterstatter des „Hambur-

ger Fremdenblattes“ eine Unterredung über die Ergebnisse seiner Amerikareise geführt. Er betonte darin den unterrichtenden Charakter seiner Besprechungen über die Wirtschaftslage in Amerika.

London, 19. Mai. „Daily Mail“ veröffentlicht einen Brief des Vorkämpfers für die Revision der territorialen Ansprüche der Friedensverträge, Lord Rothermere.

Der frühere Preussische Minister Seeburg hat auf der Fahrt nach Berlin einen Nervenzusammenbruch erlitten. Er wurde in ein Sanatorium gebracht.

„Ist es nicht höchste Zeit, daß eine Konferenz von drei oder vier Mächten sich mit den Räten un-

die Verbindung von national und sozial für das ganze Volk notwendig ist.

Der Marxismus ist nicht Sozialist, sondern Egoist, weil er den Klassenkampf predigt, der Egoismus ist. Die bürgerliche Rechte ist nicht in dem vom Nationalsozialismus für erforderlich gehaltenen Sinne national, weil sie nicht die Sorge um den einzelnen Volksgenossen in der notwendigen Weise in den Vordergrund schiebt, weil sie den Sozialismus überhaupt ablehnt.

Es gilt den Internationalismus und die Gleichgültigkeit gegenüber dem nationalen Sein zu überwinden. Jeder Deutsche muß schon von Jugend an zu dem Glauben erzogen werden, daß es für ihn zunächst nichts weiter zu geben hat als das eigene Volk.

Auf der Konferenz der deutschen Auslandsgläubiger mit der Reichsbank werde Gelegenheit gegeben sein, die Zuspitzung der deutschen Devisenlage und ihre Folgen für den Transfer der deutschen Schuldenszahlungen in fremden Währungen zu besprechen.

Die Frage des Berichterstatters nach einem gemeinsamen Vorgehen Deutschlands und Frankreichs gegen inflationistische Tendenzen und zur Verteidigung der Goldwährung beantwortete Dr. Schacht dahin, daß, wenn die überaus bedeutsame Rede des Reichszanklers in Paris auf ein wirkliches Verständnis stoße, auch zu einer ökonomischen und finanziellen Verständigung zwischen den beiden Nachbarländern der Weg freigelegt sei.

Minderheitenkontrolle über die Tschechoslowakei!

(Telegraphische Meldung)

London, 19. Mai. „Daily Mail“ veröffentlicht einen Brief des Vorkämpfers für die Revision der territorialen Ansprüche der Friedensverträge, Lord Rothermere. In diesem Brief weist Lord Rothermere auf die der Tschechoslowakei einverleibten Millionen von Ungarn und Deutschen hin, die nicht einmal in einer Volksabstimmung nach ihren Wünschen gefragt worden seien.

gen der Tschechoslowakei befaßt und die unerträglichen Ungerechtigkeiten wieder in diesem Lande leben?

Der frühere Preussische Minister Seeburg hat auf der Fahrt nach Berlin einen Nervenzusammenbruch erlitten. Er wurde in ein Sanatorium gebracht.

In der Korruptionssache gegen den früheren Oberbürgermeister Brauer, Altona, dessen Aufenthaltsort nicht bekannt ist, den früheren Theaterdirektor Ellen-Zweig, Hamburg, und den früheren Senator Kirch, Altona, ist Anklage erhoben worden.

Berliner Börse 19. Mai 1933

Table with multiple columns: Kassa-Kurse, Verkehrs-Aktien, Bank-Aktien, brauerei-Aktien, Industrie-Obligationen, Diskontsätze, Ausländische Anleihe, Renten-Werte, Annotierte Werte, Banknotenkurse, Ostnoten. Includes various stock and bond prices and interest rates.

